



Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. November d. J. dem bei der Statthalterei in Triest in Verwendung stehenden Bezirkshauptmann Anton Kreflich Edlen von Treuland in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung den Titel und Charakter eines Statthaltereiathes mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht. **Taaffe m. p.**

Der Justizminister hat den Bezirksrichter von Littai Johann Delpin über sein Ansuchen nach Laß und den Bezirksrichter von Oberlaibach Carl Pleško nach Littai versetzt.

Am 10. Dezember 1879 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das LI. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

- Dasselbe enthält unter
- Nr. 133 das Gesetz vom 6. November 1879, betreffend die Dotation zur Erhaltung des Hofstaates;
- Nr. 134 die Verordnung des Justizministeriums vom 21. November 1879, betreffend die Zuweisung der Ortsgemeinde Bayerstetten zu dem Sprengel des Bezirksgerichtes Böggstall in Niederösterreich;
- Nr. 135 das Gesetz vom 3. Dezember 1879, betreffend die Gewährung von Vorstößen aus Staatsmitteln zur Beschaffung von Saatgetreide für die durch Nothstand heimgegangenen Gegenden der Markgrafschaft Istrien und der gesürsteten Grafschaft Görz und Gradiska. („W. Ztg.“ Nr. 286 vom 10. Dezember 1879.)

Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 20., 25. und 29. November 1879, Z. 27610, 27315 und 27467, die Weiterverbreitung der nachstehenden Zeitschriften verboten: „Badoucnost“ Nr. 22 vom 26. November 1879 wegen des Artikels „Společenské poměry v Itálii“ nach § 64 St. G., wegen des Artikels „Anglio“ nach § 65 a St. G., dann wegen des Artikels „Francie“ nach § 305 St. G.; „Volksfreund“ Nr. 2 (zweite Auflage) vom 20. November 1879 wegen des Correspondenzartikels „Leobersdorf“ nach den §§ 65 a und 302 St. G.; „Svornost“ Nr. 94 vom 22. November 1879 wegen des Correspondenzartikels „= V Praze, 22. listopadu (Puv. dop.)“ nach § 63 St. G.

Das k. k. Landesgericht als Pressgericht in Triest hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 24. November 1879, Z. 7947/1030, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „L'Indipendente“ Nr. 891 vom 20. November 1879 wegen des Artikels „Ultima posta“, beginnend mit „Oggi ricorro una data ben cara“, nach § 65 c St. G. verboten.

Nichtamtlicher Theil.

Die handelspolitischen Verhandlungen mit Deutschland.

Der Herr Handelsminister hat bekanntlich in einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses eine Vorlage eingebracht, durch welche der Regierung die Er-

mächtigung entweder zur Verlängerung des Meistbegünstigungsvertrages mit dem deutschen Reiche oder, falls diese nicht zustande kommt, zur Regelung der Verkehrsbeziehungen im Verordnungswege ertheilt werden soll. Die Vorlage stimmt nach Inhalt und Form mit dem Gesetzentwurfe überein, welcher gleichzeitig dem ungarischen Reichstage vorgelegt wurde. Um die Annahme dieses Gesetzes zu erleichtern und überhaupt inbetreff der künftigen handelspolitischen Action mit den verschiedenen Parteien des Abgeordnetenhauses, insbesondere aber mit den Vertretern aus den industriellen Kreisen innige Fühlung zu erhalten, hatte der Herr Handelsminister eine Anzahl von Abgeordneten zu einer Conferenz eingeladen, welche diesertage im Handelsministerium stattgefunden hat. Ueber den Verlauf dieser Conferenz weiß die „Deutsche Ztg.“ folgendes zu berichten:

„Nach der Darstellung, welche der Handelsminister über die augenblickliche Situation gab, hat die Regierung zwar noch nicht jede Hoffnung auf das Zustandekommen eines provisorischen Vertrages mit Deutschland aufgegeben; wohl ist aber dasselbe unwahrscheinlich geworden, und um zum mindesten auf österreichischer Seite die formelle Möglichkeit zu haben, die eventuellen Nachtheile eines gänzlich vertragslosen Zustandes abzuschwächen, verlangt eben die Regierung in der im Reichsrathe eingebrachten Vorlage die Ermächtigung, wenigstens einige Bestimmungen aus dem bisherigen Vertrage, sei es im Wege der Convention mit Deutschland, sei es im bloßen Verordnungswege, aufrechtzuerhalten, sowie auch weitere selbständige Verfügungen zu treffen. Der Minister selbst ist sich dessen bewußt, daß die verlangte Vollmacht eine ungewöhnlich weitgehende ist und daß ein solches Verlangen eben nur durch die eigenthümliche Sachlage, wie sie im Momente gegeben ist, gerechtfertigt werden kann. Es ergriffen die Abgeordneten Wolfram, Koser, Hallwich, Beer, Isbary, Klier, Suez, Reischauer, Richter, Pleuner, Perz, Schwab und Obentraut das Wort. Die Angelegenheit wurde nach verschiedenen Seiten hin erörtert, und schließlich wurde von allen Anwesenden versprochen, für die in dem Gesetzentwurfe begehrte Ermächtigung zu stimmen. Es scheint demnach, daß die zur Conferenz erschienenen Abgeordneten aus den Erklärungen des Handelsministers die Beruhigung darüber geschöpft haben, die Regierung werde von der ihr zu ertheilenden Vollmacht nur einen solchen Gebrauch machen, wie er auch vom Reichsrathe gutgeheißen werden kann. Es liegt in der Zustimmung zu einem derartigen Gesetzentwurfe ein Beweis von großem persönlichem Vertrauen nicht nur in die Intentionen, sondern auch in die Charakterfestigkeit des gegenwärtigen Handelsministers, und es tritt dabei die Erscheinung zutage, daß, so schroff sich auch die Parteien auf dem politischen Gebiete gegenüberstehen, doch in

wirtschaftlichen Fragen von allen Seiten ein gemeinsames Vorgehen gewünscht wird. Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß ein so weitgehendes Vertrauen demjenigen, dem es entgegengebracht wird, auch ernste Verpflichtungen auferlegt, und wir werden uns freuen, hinterher constatieren zu können, daß das dem Handelsminister bewiesene Vertrauen gerechtfertigt war.“

In derselben Angelegenheit schreibt das „Fremdenblatt“ mit einer polemischen Spitze gegen die „Neue freie Presse“: „Wenn man zugibt, daß die jetzigen Verständigungsversuche zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland eine Folge des Besuchs des Fürsten Bismarck in Wien sind, so können diese Versuche doch nicht dahin abzielen, daß der eine Compaciscent alles hergibt und der andere bloß nimmt. Dies wäre wirtschaftliche Unterwerfung und nicht wirtschaftliche Verhandlung. Verhandlungen über Handelsverträge können ja doch nur im Sinne eines gegenseitigen Austausches von Zugeständnissen aufgefaßt werden. Zu einer Unterwerfung waren unsere aus Berlin zurückgekehrten Delegierten allerdings nicht ermächtigt. Ihre Aufgabe konnte und durfte es nicht sein, den deutschen Standpunkt pure et simple anzunehmen. Für diesen Fall hatten sie keine Vollmacht oder vielmehr die einzige hiefür mögliche, nämlich abzureisen, was sie auch correcterweise thaten. Diese Abreise hat den Verhandlungen über Abschluss eines deutsch-österreichischen Handelsvertrages ein unerwartet rasches Halt geboten, was der „N. fr. Pr.“ Unmuth verurthacht. Dieses Organ erklärt die „gechehenen Fehler“ aus dem „Mangel an Instructionen“. Das man Instructionen nicht an die große Glocke hängt, ist begreiflich; dennoch glauben wir nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß gerade die obenerwähnte Instruction, abzureisen, wenn Deutschland nicht die gestellten Minimalforderungen bewilligte, kein Fehler, sondern das allein mögliche und richtige Auskunftsmitel gewesen ist. Die deutschen Unterhändler lehnten es ab, den zollfreien Rohleinenverkehr wiederherzustellen und unsere Eisenbahnbetriebsmittel gegen die gerichtliche Execution in Couponsprocessen zu schützen. Nichts gewährend, wollten sie auf der Fortdauer des Appreturverfahrens bestehen. Sie haben also Zugeständnisse verweigert, welche für unseren internationalen Verkehr unentbehrlich sind, und Forderungen gestellt, welche die Interessen unserer heimischen Industrie aufs äußerste gefährden. Der Weg des Compromisses war sonach abgesperrt.“

„Die politische Allianz zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland kann nicht so gedacht sein, daß sie schwere wirtschaftliche Opfer im Gefolge habe. Die Frage, ob wir mit dem deutschen Reiche eine Tarifconvention, oder einen Meistbegünstigungsvertrag, oder ein Cartell, oder gar keinen Vertrag abschließen sollen, ist eine rein wirtschaftliche. Es ist deshalb auch schwer ersichtlich, wieso die Frage des Vertragsabschlusses

Fenilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“). (Fortsetzung.)

Es war zehn Uhr abends, als der Wagen vor dem Gasthose zu Callender hielt. Miß Winham wurde in Decken gehüllt und in ein geheiztes Zimmer des Gasthofes geführt. Ein warmes Abendessen wurde bestellt, und nach dem Essen begaben sich alle zur Ruhe. Miß Winham schlief bis spät am andern Morgen. Während sie ihr Frühstück verzehrte, wurde ihr Arzt gerufen, welcher den Kopf darüber schüttelte, daß die Matrone bei ihrem leidenden Zustande es gewagt habe, eine Reise zu unternehmen. Als diese ihm aber ihre Gründe auseinandergesetzt hatte, sagte er, daß sie gerecht handelte.

„Wenn ich rasch ärztliche Hilfe gebrauche, kann ich solche in London haben“, sagte sie. „Die feuchte, kalte Luft, welche im Winhamthale herrscht, verhindert meine Genesung. Ich benötige eines milden Klimas und noch mehr der Gesellschaft. In London habe ich viele Freunde, und deshalb beschloß ich, den Winter in London zuzubringen.“

Sie blieb den Tag und die folgende Nacht über in Callender; am folgenden Morgen reiste sie mit dem ersten Expresszuge in Begleitung ihrer Gefährtin, ihrer Dienerin und des Dieners weiter,

während der Kutscher mit dem Wagen und den Pferden nach Schloß Winham zurückkehrte.

In Edinburg wurde abermals für die Nacht Raft gehalten und am andern Tage die Reise nach London fortgesetzt.

Die Aufregung der Reise brachte eine große Veränderung in dem Wesen der Miß Winham hervor. Sie wurde ungewöhnlich gesprächig, erzählte von ihrer Jugendzeit, und das Interesse, mit welchem Valerie zuhörte, bewog sie, von vielen ihrer Freunde zu sprechen, die sie bisher noch nicht erwähnt.

„Das Wichtigste, was ich zu besorgen habe, ist mein Testament“, sagte sie. „Diese Angelegenheit darf ich nicht einen Tag nach meiner Ankunft in London verschieben.“

„Und wenn wollen Sie Ihr Vermögen vermachen?“ fragte Gertrude, welche sich gegen ihre Herrin schon eine solche Frage erlauben durfte. „Mr. Clifford hat die meisten Ansprüche.“

„Dieses Recht hat er selbst verwirkt!“ unterbrach sie die Herrin streng. „Ich empfinde immerhin ein Mißtrauen gegen ihn. Es ist nicht unmöglich, daß er es war, der mich die Treppe hinabstürzte, obwohl ich noch annehme, daß es Elsbeth Thompson war. Ich bin noch nicht ganz schlüssig, wen ich zu meinem Erben einsetze; ich muß erst mit meinem alten Freunde, dem Marquis von St. Berry, über die Angelegenheit sprechen.“

Der Name fiel Valerie auf, wenn sie auch selbst nicht wußte, weshalb.

„Dem Marquis von St. Berry?“ wiederholte sie.

„Er ist der Repräsentant eines altadeligen Geschlechtes“, erklärte Miß Winham, „einer der reichsten und angesehensten Edelleute Großbritanniens. Er ist jünger als ich, ja, ja, — viele Jahre jünger. Sie müssen von ihm gehört haben, Valerie. Er ist ein großer Politiker, ein Günstling der Königin, der Führer einer mächtigen Partei und ein Edelmann im wahren Sinne des Wortes.“

„Ich habe nie zuvor von ihm gehört“, sagte Valerie.

„Ich dachte nie daran, daß Sie die meiste Zeit Ihres Lebens in einem ausländischen Pensionat zubrachten, und doch wundert es mich, daß Sie nichts von ihm gehört haben. Seine Gattin starb vor vielen Jahren, und sein einziger Sohn, Lord Oscar, ist auch schon seit acht Jahren todt. Der letztere hinterließ eine Witwe, aber seine Ehe war kinderlos. Des Grafen Titel und Güter entfallen nun an einen entfernten Verwandten.“

„Ist er mit Ihnen verwandt?“ fragte Valerie.

„Nein; aber er ist mir so lieb und wert, als wäre er mein Bruder“, antwortete Miß Winham. „Als ich noch ein junges Mädchen war, besuchte ich eine Schule in Paris, in welche nur Kinder der ersten französischen und englischen Familien zugelassen wurden. Es war vor vierundsechzig Jahren, mein Kind. Und doch scheint es mir nur eine kleine Spanne Zeit, wenn ich zurückblicke! Meine beste Freundin in der Schule war eine Engländerin, die Tochter eines

mit der äußeren Politik im Zusammenhange stehen soll. Die „Neue freie Presse“ scheint sich das Ministerium des Auswärtigen mit einer Art von Schiedsrichteramt versehen zu denken. Wir fassen den Beruf dieses Ministeriums dahin auf, für die gemeinsam festgestellten Ziele den fremden Mächten gegenüber einzustehen, nicht aber Vermittlungen zu befragen, welche unsere Ressortminister zur Nachgiebigkeit gegen fremde Zumuthungen stimmen sollen. Darum ist es sehr irrig, vom Minister des Auswärtigen irgend eine Rivalität oder gar ein gewalttames Eingreifen zu erwarten, welches über so wichtige Interessensfragen, wie Kohlenverkehr und Appreturverfahren, hinweggehend, das Vertragsverhältnis, koste es was es wolle, anstrebt. Die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte zeigt, daß bei uns leider die Handelspolitik nur zu häufig hintangesezt oder als Dienerin der äußeren Politik verwendet worden ist. Unter dieser falschen Richtung haben aber, wie alle Welt weiß und jedermann an sich erfahren hat, unsere ökonomischen Verhältnisse schwer zu leiden gehabt, und darum soll und darf dies nicht wieder vorkommen.“

Aus dem Steuerausschusse.

Der Steuerausschuss des Abgeordnetenhauses hielt Dienstag abends eine Sitzung ab, in welcher die Berathung über die Grundsteuer-Novelle fortgesetzt wurde. Der Herr Leiter des Finanzministeriums, Sectionschef Chertek, erklärte, daß er als Repräsentant der Regierung, nicht bloß als Fachmann spreche. In den weitesten Kreisen wünsche man, daß die großen Ausgaben, welche die Grundsteuer-Regulierung verursacht habe, endlich einmal abgeschlossen werden, damit die im Interesse der Gerechtigkeit notwendige Ausgleichung unter den einzelnen Provinzen stattfinden. Mit Aufwand aller Kräfte habe die Regierung um ein Jahr früher, als dies das ursprüngliche Gesetz beabsichtigte, die Reambulierungs- und Einschätzungsarbeiten vollendet. Die Vorlage beabsichtige nichts anderes, als die Termine mit Rücksicht auf diese Thatsache abzukürzen, und es müsse daher einen peinlichen Eindruck machen, wenn gegen diese Regierungsvorlage sich eine Opposition erhebe. Diese Opposition beziehe sich insbesondere auf drei Fragen:

1.) Ob ein Contingent oder ein fixes Procent in das ursprüngliche Grundsteuergesetz aufzunehmen sei? Das Grundsteuerregulierungs-Gesetz vom Jahre 1869 hatte die äußerst schwierige Aufgabe, vier verschiedene Systeme in ein einziges neues System überzuleiten. Die Feststellung einer Contingentierungssumme hatte nun den Zweck, eine möglichst gerechte und richtige Einschätzung in den Bezirken durchzuführen und dem begreiflichen Streben, für die einzelnen Bezirke die möglichsten Vortheile zu erlangen, entgegenzuwirken. Nach den Erfahrungen, die man bei der Einschätzung gemacht habe, sei auch bei den Einschätzungen erster Instanz dieser Zweck der Aufstellung einer Contingentierungssumme erreicht worden. Doch habe dieses wichtige Princip noch nicht seine volle Thätigkeit geäußert, denn auch, und zwar insbesondere in der Centralcommission, müsse durch die Institution der Contingentierungssumme dahin gewirkt werden, daß an einer gerechten Einschätzung die Vertreter aller Länder Interesse finden und nicht etwa ein Land ungebührliche Vortheile vor dem anderen habe. Dies sei aber nur dann möglich, wenn die Vertreter jedes Landes wissen, daß sie den Ausfall bei einem anderen tragen müssen, also durch Feststellung der Contingentierungssumme. Es müsse daher die Regierung das Princip,

welches in dem bisherigen Gesetze herrsche, auch für die Zukunft festhalten. Jetzt eine Aenderung des § 4 vorzunehmen, sei unthunlich, weil seine Wirkung gerade in der Centralcommission paralytisch würde. Ein anderes wäre es, wenn die Einschätzung schon vollendet und auch schon in der Centralcommission geprüft und bestätigt wäre; dann könnte man mit Rücksicht hierauf ein Procent durch eine einfache Rechnung feststellen.

2.) Wende sich die Opposition gegen die Zusammensetzung der Reclamationscommissionen, wie selbe durch das bestehende Gesetz festgestellt seien. Die wichtigsten Interessen gebieten es aber, die Reclamationscommission so zusammenzusetzen, daß man sich darauf verlassen könne, daß durch ihre Beschlüsse nicht jene der Centralcommission annulliert werden, sonst könnte ein wahres Spiel des Hin- und Herunterfahrens der Tarife vorkommen, welches das ganze kostspielige Grundsteuer-Regulierungswerk geradezu illusorisch machen könnte. Die gegenwärtige gesetzlich festgestellte Zusammensetzung der Commissionen garantiere ein gerechtes Vorgehen.

3.) Wende sich die Opposition gegen die provisorische Steuererhebung. Vorzüglich werden Bedenken wegen mangelhafter Besitzaufnahme, d. i. daß Parzellen anderen Besitzern als deren Eigenthümern zugeschrieben sind, wachgerufen. Die Regierung wird diesen Bedenken dadurch vollauf gerecht werden, daß während des ganzen Jahres 1880, wo ja die Grundeinschätzungsbeamten ohne sonstige Beschäftigung sind, dieselben dazu benützt werden, die Besitzverhältnisse festzustellen. Auf diese Art werde es am Ende des Jahres 1880 wohl gelungen sein, volle Ordnung, soweit dies überhaupt möglich ist, in den Besitzverhältnissen herzustellen; es sei dies schon im fiscalischen Interesse gelegen.

Bezüglich des Flächenmaßes werden allerdings auch noch nach dem Jahre 1880 einige Unrichtigkeiten verbleiben, doch dürften diese wohl nur unbedeutend sein. Ein eigentlicher wichtiger Fehler bleibe nur bezüglich der Reinertragsberechnung übrig, dies sei nun Aufgabe des Reclamationsverfahrens, welches aber wohl auch nicht gut durchgeführt werden kann, bevor nicht die Centralcommission ihre Thätigkeit in erster Linie geltend gemacht habe. Die Vorschläge des Subcomités führen nur eine lange Verzögerung herbei, schon die Termine seien ganz ungeeignet, da die Localerhebungen bis Ende April vollzogen sein müssen, also in einer Zeit, wo locale Erhebungen schon wegen der Jahreszeit nicht gut möglich sind.

Die Centralcommission habe die Aufgabe, im ganzen und großen das Resultat des Reclamationsverfahrens zu prüfen, insbesondere müsse sie auch prüfen, ob ihre ursprünglichen Beschlüsse durch die Reclamationscommissionen nicht am Ende in ungerechtfertigter Weise geändert wurden.

Was die weiteren Bedenken betrifft, so sei die Regierung bereit, ein Gesetz über das Reclamationsverfahren und die Ausgleichung der etwaigen Mehr- oder Minderzahlung in kürzester Zeit dem Hause vorzulegen, obwohl sie es für sehr zweckmäßig halte, daß sie vorher mit der Centralcommission verkehrt hätte. Die Regierung wünsche, ein Werk zu Ende zu bringen, dessen Beendigung überaus viele Interessen dringend erheischen, es sind dies die wirtschaftlichen Interessen der ungerechtfertigterweise überlasteten Länder, welche dringend eine Ausgleichung mit den ungerechtfertigterweise weniger belasteten erheischen. Es müßte auch einen sonderbaren Eindruck auf die Ver-

waltungsgorgane machen, wenn diese, die von dem Ministerium auf das äußerste gedrängt wurden, eine möglichst eifrige Thätigkeit zu entfalten, nun auf einmal durch einen Beschluß des Hauses gezwungen würden, ein Jahr länger zu arbeiten, als dies unbedingt notwendig ist. Es müßte dies geradezu zu einer gewissen Verstimmung und Unthätigkeit der untergeordneten Organe führen.

Die Abgeordneten Dr. Graf Dzieduszycki, Ritter v. Krzecunowicz und Freiherr v. Dipauli polemisierten gegen einzelne Erklärungen des Leiters des Finanzministeriums, Sectionschef Chertek.

Die Minorität des Ausschusses erklärte, daß sie für die Annahme der Regierungsvorlage stimmen und für den Fall, als die Anträge des Subcomités zur Grundlage für die Specialdebatte angenommen werden sollten, sich an der Debatte nicht betheiligen werde, um das rasche Zustandekommen des Berichtes zu fördern und die Entscheidung zwischen der Minorität und der Majorität des Ausschusses durch das Haus so bald als möglich herbeizuführen.

Bei der Abstimmung wurde mit 12 gegen 11 Stimmen beschlossen, das Elaborat des Subcomités zur Grundlage der Specialdebatte zu machen. Die Minorität erklärte hierauf, daß sie die Regierungsvorlage als Minoritätsvotum aufnehmen werde.

Zeitungschau.

Ueber die „Wehrgefeßdebatte“ äußert sich der „Sonn- und Feiertags-Courier“ in nachstehender Weise: „Vergebens führte der Landesvertheidigungsminister in seiner glänzenden Rede die unwiderleglichsten Argumente für die Vorlage mit oratorischer Meisterhaft ins Treffen. Gegen den Zwang des Parteibeschlusses vermag die packendste Logik nichts. Zwar erklärten die Redner der Opposition, daß sie das Verhalten zur Wehrgefeßvorlage nicht als Parteifrage auffassen. Allein damit hat sich die Opposition nur vom Regen in die Traufe gebracht, denn sie hat sich damit zu dem Principe der Abrüstung bekannt — einem Principe, das bei aller Anerkennung seiner humanitären Basis doch zu den unabweislichen Forderungen der politischen Situation in einem so schroffen Gegensatz steht, daß es seine Bekenner offenbar für lange Zeit untauglich zur Wiedererlangung der Regierungsgewalt macht. In die Hand einer Abrüstungspartei, als welche sich die liberale Opposition jetzt documentiert hat, könnte ohne die größte Gefahr für die Machtstellung und Existenz des Reiches in dieser die Landkarte von Europa mit noch weiteren folgenschweren Veränderungen bedrohenden Zeit die Macht nicht gelegt werden. Leider kann man der liberalen Opposition auch den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in der Wehrgefeßdebatte Recriminationen, die keineswegs zur Klärung der behandelten Frage, sondern nur zur Verschärfung der vorhandenen Gegenätze beitragen konnten, gewaltsam hineingezogen hat. Durch eine dieser bedauerlichen Provocationen sah sich der Ministerpräsident Graf Taaffe zu einer Erklärung veranlaßt, der von der Opposition in wenig loyaler Weise eine ganz falsche Deutung gegeben wird. Wenn Graf Taaffe sich dahin aussprach, daß sein Streben dahin gerichtet war, auch den bisher abseits gestandenen Elementen die Möglichkeit der Betheiligung am verfassungsmäßigen Leben zu schaffen, so versteht es sich wohl von selbst, daß damit nicht die allerdings schon durch die Verfassung gegebene rechtliche Möglichkeit gemeint war. Thatsächlich sind die Czechen und Feudalen trotz dieser rechtlichen Möglichkeit dem Parlamente fern geblieben, und wenn sie jetzt in dasselbe eingetreten sind, so haben sie sich dazu in dem Vertrauen entschlossen, daß sie von der bisherigen Majorität nicht als geschlagene Feinde, sondern als gleichberechtigte Brüder werden empfangen und von der Regierung nicht als Stiefkinder, sondern als vollbürtige Reichsgenossen werden behandelt werden. Es gibt freilich in Oesterreich noch immer Politiker, die da glauben, man könnte ganz Oesterreich und Ungarn mit der Kumpfvorstellung eines einzigen Volksstammes „parlamentarisch regieren“, die heute noch auf dem Standpunkte des Schmerling'schen Reichsrathes stehen und die herzhafte Contumacierung der Abwesenden in alle Ewigkeit für das einzig richtige System halten. Graf Taaffe hat bewiesen, daß seine Action nicht auf Verfassungsänderungen gerichtet ist, denn er hat jede dahin zielende Insinuation der Czechen bekanntlich rundweg abgelehnt. Innerhalb der Verfassung aber und auf dem Boden des verfassungsmäßigen Parlamentes haben alle österreichischen Volksstämme gleiche Rechte und gleiche Pflichten.“

Wir lesen im „Osten“: „Graf Taaffe hat nun deutlich herausgesagt, was sein Programm ist: Die Gleichberechtigung aller Völker und die Eintracht derselben auf dieser Basis. Dieses Programm hätte die Verfassungspartei adoptieren und in die Hand nehmen sollen, dann hätte sie die leitende Rolle festgehalten. Zudem sie es aber bekämpft, entäußert sie sich selbst immer mehr der maßgebenden Stellung, die man ihr zugedacht hat. Die Aufgaben des Staates wechseln und nur jene Partei kann sich dauernd am Ruder erhalten, die den jeweiligen Zielen des Staates sich zu accommodieren weiß. Die Verfassungspartei hat es nicht

Barons. Nachdem wir die Schule verlassen, hielten wir unsere Freundschaft aufrecht. Sie besuchte mich jeden Herbst im Winhamthale und verweilte mehrere Monate bei mir. Sie verheiratete sich sehr jung mit dem jüngern Sohne eines Herzogs. Sie war sehr schön und reich. Ihrer Ehe entsproß ein Kind, ein Mädchen, welches ihre Schönheit und ihren Reichtum erbt. Meine Freundin starb, als ihre Tochter noch ein Kind war, aber diese sollte mir dieselbe Liebe, wie ihre Mutter. Sie heiratete sehr früh den Mann, welcher jetzt Marquis von St. Berry ist, und sie wurde die Mutter Lord Oscars. Ich war bei ihr, als sie starb, und ihrem Andenken zuliebe ist der Marquis immer lieblich und freundlich gegen mich gewesen. Ich betrachte ihn als meinen besten und zuverlässigsten Freund.“

Valerie hatte mit Interesse zugehört, aber nichts in ihrem Herzen sagte ihr, daß der Graf von St. Berry ihr mehr sei, als jeder andere. Hätte sie ahnen können, daß sie seine rechtmäßige Erbin, seine Enkelin sei, wie viel Leid wäre ihr erspart geblieben.

Die kleine Gesellschaft kam in London an und nahm Wohnung in einem Privathotel in Bondstreet, einem aristokratischen Hause, in dem nur Leute von Rang und Stand verkehrten. Miss Winham war zum erstenmale als junges Mädchen mit ihrem Vater hieher gekommen, und seit einer Reihe von Jahren bewohnte sie stets dieselben Zimmer. Auch dieses mal traf es sich wieder, daß diese Zimmer leer waren und Miss Winham und ihrem Gefolge zur Verfügung gestellt werden konnten.

„Mir ist, als wäre ich hier zu Hause,“ sagte sie, als sie sich nach dem Essen am Kamin in einen Lehnstuhl niederließ. „Diese Zimmer habe ich seit beinahe vierzig Jahren im Herbst bewohnt. Morgen werde ich den Marquis von St. Berry von meinem Hiersein unterrichten lassen. Ich möchte mich mit ihm wegen meines Testaments berathen, ehe ich mit meinem Anwalt spreche.“

Valerie setzte sich auf einen Schemel zu den Füßen der Matrone, die mit Wohlgefallen auf sie herabsah. Noch nie war ihr das Mädchen so lieblich und so reizend erschienen, wie in diesem Augenblick. Lange war sie im Anschauen des schönen Mädchens verloren, dann sagte sie mit Zärtlichkeit:

„Sie erinnern mich an meine Schulfreundin, Valerie. Es ist nicht Ihr Gesicht, welches mich an sie erinnert, aber es ist Ihr Lächeln, das Wenden Ihres Kopfes und ein gewisses Etwas in Ihrer Erscheinung. Bis vor kurzer Zeit war ich voll Groll und Bitterkeit, aber meine Krankheit hat eine Wandlung in mir geschaffen. Ich sehe ein, daß wir mehr oder weniger auf einander angewiesen sind. Ich könnte beinahe denken, Valerie,“ fügte sie hinzu, das Mädchen forschend ansehend, „daß Sie mich lieben gelernt haben.“

Valerians Antlitz strahlte plötzlich wie heller Sonnenschein und aus ihren Augen leuchtete eine tiefe Innigkeit. Sie hatte nicht nöthig zu erklären, daß sie wirklich ihre alte launenhafte Herrin lieben gelernt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

vermocht, ihre Parteitendenzen den staatlichen Aufgaben unterzuordnen. Die Folgen davon können nicht ausbleiben und werden früher oder später zutage treten müssen. Die Verfassungspartei wird schließlich inne werden, dass es in dem Kampfe, der jetzt ausgefochten worden, nur Einen Besiegten gibt, und dieser ist nur sie selbst, und dass sie besser, kluger, staatsmännischer und patriotischer gehandelt hätte, wenn sie in einer so cardinalen Staatsfrage pro und nicht contra eingetreten wäre."

Im „Pester Lloyd“ findet sich folgende Bemerkung über die letzte Rede des Grafen Taaffe: „In Wahrheit hat Graf Taaffe nichts gesagt, was der Verfassung und der Verfassungspartei nahe tritt, es müsste denn sein, dass die ganze Partei sich durch die Vorwürfe, die gegen das Bürgerministerium gerichtet waren, getroffen glaubt. Aber wenn Graf Taaffe nicht im Wesen und nicht in der Sache, aber in der Form und im Tone bereits eine Schwenkung nach rechts vollzogen hätte, wer wäre dafür verantwortlich, wenn nicht diejenigen, die ihn auf diesen Weg förmlich drängen?“

„Ellenör“ äußert sich wie folgt: „Wird das Verhalten der Verfassungspartei eine Regierungs- oder eine Cabinetskrise nach sich ziehen, dann ist es umso schlimmer für die Verfassungspartei bestellt. Der Ruhm dieser Partei ist, dass sie die Monarchie ungeschützt dastehen will lassen, und dies gerade in einem der kritischsten Momente, da die drohenden Wolken des Sturmes von Norden und von Süden zugleich aufsteigen auf unserem politischen Firmamente. Indessen, wir sind überzeugt, dass nur die Verfassungspartei und nicht zugleich auch das Deutschthum so gesunken sei. Dieses gebildete, reiche und patriotische Element steht noch immer auf jener Stufe, welche es vermöge seines geistigen und materiellen Gewichtes eingenommen. Es kann also nur die Verfassungspartei stürzen, nicht aber das deutsch-österreichische Element.“

Der ägyptisch-äbessinische Krieg in Sicht.

Nach Berichten englischer Blätter aus Egypten werden daselbst die Rüstungen für den Krieg mit Äbessinien auf das eifrigste betrieben. Sollte es zu Feindseligkeiten kommen, so werden die ägyptischen Streitkräfte in zwei Armeen getheilt werden, von denen eine die Offensive ergreifen, die andere in der Defensive bleiben wird. Infolge der tags zuvor eingegangenen Depeschen wurde in Kairo am 5. Dezember ein extraordinärer Ministerrath unter dem Vorsitz des Khedive abgehalten. Saleh Bey, der Scheikh der Galabalastämme, meldet nämlich: „Eurer Hoheit Befehl gemäß entsandte ich zwei meiner Hauptlinge zu Gordon Pascha. Dieselben sind zurückgekehrt, nachdem sie ihn in Surami angetroffen, gesprochen und wohllauf gefunden hatten; sie wurden indes verhindert, Briefe von ihm zurückzubringen. Nachdem sie Gordon Pascha verlassen, wurden sie drei Tage lang gefangen gehalten und erst freigelassen, als man bei ihnen nichts fand.“

Ferner berichtet der in Senhat befehlige ägyptische Officier unterm 3. d. M.: „Der äbessinische General Ras Alout hat die Scheichs der zu Egypten gehörigen Hulhuls aus dem Gefängnis entlassen, ihnen jedoch formell eröffnet, dass er ihre Dörfer plündern und niederbrennen und alsdann das hiesige Fort angreifen würde. Ras Alout ist zum Officier ernannt worden, bis die Äbessiner die Grenze überschreiten. Er plündert alle ägyptischen Unterthanen. Eurer Hoheit Befehl gemäß werde ich keine Feindseligkeiten beginnen; ich werde aber energischen Widerstand leisten, falls ich angegriffen werden sollte.“

Der Ministerrath hat entschieden, der Khedive soll den im Süden commandierenden General telegraphisch beauftragen, den Befehl über die Festungen an der äbessinischen Grenze zu übernehmen, und falls er es für nothwendig erachtet, die dortigen Garnisonen zu verstärken, die Äbessiner jedoch nicht anzugreifen. Ähnliche Befehle sind sämtlichen ägyptischen Grenzbehörden sowie denen in Massana zugesandt worden. Es ist augenscheinlich, dass König Johann zum Kriege entschlossen ist, aber sicherlich werden England und Frankreich eine solche Aggression nicht erlauben. Der Khedive ist sehr betrübt, aber er hält es für seine Pflicht, zu kämpfen, falls er angegriffen wird.

Tagesneuigkeiten.

(Oesterreichischer Schützenbund.) Wie das „Frdbl.“ vernimmt, hat die Eingabe des Bundesvorstandes um Bewilligung zur Abhaltung des mit dem Grünungsfeiern im Jahre 1880 zu verbindenden ersten österreichischen Bundeschießens in Wien, sowie ferner das Ansuchen in betreff der Ausstattung und Weihe der Bundesfahne eine zustimmende Erledigung seitens der Ministerien des Innern und für Landesverteidigung gefunden. Die beiden Anliegen wurden diesertage an die Cabinetkanzlei Sr. Majestät des Kaisers geleitet, um auch die Zustimmung Sr. Majestät, des Protector des Schützenbundes, zu erlangen. Der Bundesvorstand hofft, dass die Genehmigung des Kaisers inbälde erfolgen werde. Sobald dieselbe herabgelangt sein wird, wird der Vorstand eine allgemeine Versammlung

der Honoratioren der Wiener Bürgerschaft in den Magistratsaal einberufen und dieselben einladen, an den Arbeiten der verschiedenen Festcomités für das Bundeschießen sich zu betheiligen. Das erste österreichische Bundeschießen soll auf der k. k. Militär-Schießstätte abgehalten werden, deren Schießhalle und sonstige Baulichkeiten aus diesem Anlasse eine bedeutende Vergrößerung erfahren sollen. Die Eingabe des Bundesvorstandes, betreffend die Organisation und Errichtung der Jugendwehren, hat ebenfalls den Beifall der beiden früher genannten Ministerien gefunden, es hat sich jedoch das Ministerium des Unterrichtes vorerst eine sorgfältige Prüfung und Erwägung des Planes vorbehalten, um zu untersuchen, ob nicht die Organisation der Jugendwehren mit der planmäßigen Heranbildung der Schuljugend collidieren könnte.

(Pensionat für Beamtenstöchter.) Der dem ersten allgemeinen österreichischen Beamtenvereine assimilierte „Zehnkreuzer-Verein zur Errichtung höherer Schulen für Beamtenstöchter“, welcher alljährlich vielen Schulzöglingen durch Vertheilung von Unterrichtsstipendien die Fortsetzung ihrer geistigen Ausbildung möglich macht, hat sich zu seiner nächsten Aufgabe gestellt, schon mit dem Schuljahre 1880/81 ein vorläufig für 20 Böglinge berechnetes Mädcheninternat (Pensionat) zu eröffnen. Dieses Internat soll durch Zahlplätze dem bemittelten, durch halbe und ganze Freiplätze dem unbemittelten Beamten aus der Provinz die Möglichkeit bieten, seine Tochter mit voller Beruhigung zum Behufe einer guten Erziehung in diesem Institute, als einem gesicherten Heim, unterzubringen. Da aber eine gute und ausreichende Töchtererziehung ohne Zweifel eines der wichtigsten Probleme des Staates und der gesammten Gesellschaft im Staate ist, verdient das auf dem Principe der Selbsthilfe beruhende Unternehmen, in dieser brennenden Frage den Versuch einer wenigstens partiellen Abhilfe zu machen, gewiss allgemeine Anerkennung und thatkräftige Unterstützung. Angesichts seines relativ geringfügigen Vermögensstandes sieht sich der „Zehnkreuzer-Verein“ bemüht, an die öffentliche Mithätigkeit zu appellieren, um den Betrag von etwa 4000 fl. zur Bestreitung der ersten Einrichtungskosten aufzubringen. Se. Majestät der Kaiser hat zu diesem Zwecke dem „Zehnkreuzer-Vereine“ den Betrag von 400 fl. gewidmet.

(Die Wasserversorgung Wiens.) Die Stadt Wien ist in Gefahr, dass Wassermangel eintrete. Die Ergiebigkeit der Hochquellen nimmt von Tag zu Tag infolge der Kälte ab. Der Zufluss ist auf 600,000 Eimer pro Tag bereits gesunken, und es ist zu befürchten, dass er in den nächsten Tagen um weitere 100,000 Eimer abnehmen werde. Diese Wassermenge aus den Hochquellen würde dann nicht genügen, um den Bedarf in den Häusern zu decken. In Voraussicht dieser Eventualitäten wurde an die Statthalterei das Ansuchen gerichtet, dieselbe möge erlauben, dass das Pottschacher Wasserwerk in Betrieb gesetzt werde.

(Paris im Schnee.) Alle anderen politischen und nichtpolitischen Ereignisse wurden in Paris am 5. und 6. d. M. in den Hintergrund gedrängt durch das eine Ereignis: den Schnee. Die Rubrik „La neige“ füllt in einzelnen Pariser Journalen ganze Seiten. Das belagerte Paris war mit allen seinen Schrecken wieder auferstanden — am Morgen keine Milch, zum Dejeuner kein Gemüse, zum Diner kein Geflügel, keinen Salat — all' das hatte der Schnee verschuldet. Die „braven Landleute“ ließen infolge der Schneewehe die Pariser einfach im Stich — eine Thatsache charakterisirt am besten die Situation. In der großen Halle, in der die Einnahme durchschnittlich täglich 1 1/2 Millionen beträgt, wurden am 5. d. M. kaum 250,000 Francs eingenommen. Was an Lebensmitteln doch ankam, war verdorben. Die Auster waren gefroren, die Fische waren zu Stein erhärtet, das Fleisch war nicht zu theilen und nicht weniger als einundzwanzig angemeldete Ladungen mit Geflügel waren ausgeblieben. Die Communication stockte schon am frühen Morgen, nachmittags stellten Tramway, Omnibusse und Wagen vollständig den Verkehr ein. Ganze Spalten der Zeitungen sind mit der Aufzählung von Unglücksfällen angefüllt. Einstimmig wird jetzt die rasche Abschaffung der Metallfirmen, die vor den Magazinen ins Asphaltplaster eingelassen sind, gefordert. Die Buchstaben sind schon in gewöhnlichen Zeiten glatt. Der Eintritt des Frostes und des Schneewetters machte das Passieren dieser glatten Tafeln geradezu lebensgefährlich und zahlreiche Beinbrüche kamen an diesen Stellen vor. Die Theater waren am 4. und 5. abends fast sämtlich leer, und Cafés und Restaurants wurden schon in den ersten Abendstunden gesperrt. Das Ereignis des Tages aber bildete das Erscheinen von Wölfen im Bois. Es wurde sofort Jagd gemacht, und wie die Wächter melden, kam eine Wölfin mit zwei Jungen in Sicht, die sich aber, weil es an Hunden fehlte, ins Dickicht retteten.

(Brücken aus Glas!) In England werden jetzt Versuche damit gemacht, kurze Brücken aus Glas herzustellen. Der Erfinder, Herr Simens, lässt nämlich Platten von Glas schlechtester Sorte anfertigen, die nach einer von ihm angegebenen Methode gehärtet werden. Die mit diesen Glasplatten zur Erprobung ihrer Haltbarkeit angestellten Versuche sollen überraschende Resultate geliefert haben. Stücke von 10 bis 15 Centi-

meter Dicke, welche an den Enden so unterstützt waren, dass sie in einer Länge von circa einem Meter frei schwebten, zerbrachen erst bei einer lebiglich auf den Mittelpunkt wirkenden Belastung von 5000 Kilogramm. Bei gleichmäßiger Vertheilung der Last tragen sie mehr als das Doppelte.

Locales.

(Uebersetzungen.) Der Herr Bezirksrichter Johann Delpin in Vittai wurde in gleicher Eigenschaft nach Laibach und der Bezirksrichter von Oberlaibach, Herr Carl Pleško, als solcher nach Vittai überseht.

(Lotterie-Anlehen der Stadt Laibach.) Das der Stadtgemeinde Laibach schon im Jahre 1873 bewilligte, jedoch infolge der im selben Jahre dazwischengetretenen finanziellen Krisis bisher noch nicht begebene Lotterie-Anlehen im Betrage von 1.500,000 Gulden ist endlich gestern zustande gekommen. Nachdem die ursprünglich mit der Handelsbank und kürzlich wieder mit der Unionbank in Wien hierüber gepflogenen Unterhandlungen zu keinem endgiltigen Resultate geführt hatten, wurde das Anlehen gestern von der Wiener Real-Creditbank zum Preise von 19 fl. 62 1/2 kr. per (Zwanzig Gulden-) Los übernommen, und hat der Gemeinderath dieses Angebot in der gestern abends abgehaltenen geheimen Sitzung acceptirt. Die Unionbank hatte 19 fl. 60 kr. per Los geboten.

(Spende.) Mit der von dem bekannten Schulfreunde, Herrn Pfarradministrator Simon Nobil in St. Ulrichsberg, dem krainischen Landesschulrath neuerlich zur Verfügung gestellten, aus 435 Species bestehenden Käfersammlung wurde die Bürgerschule in Gurkfeld theilhaft. Unter einem hat der k. k. Landesschulrath dem genannten Spender den Dank und die Anerkennung ausgedrückt.

(Brand eines Waggons.) Auf der Südbahnstrecke zwischen Adelsberg und Prestranek ist am 8. d. M. bei dem Lastzuge Nr. 125 ein mit 58 Fässern Petroleum und 12 Schlitten beladener Wagon in Brand gerathen und nach erfolgter Isolierung vollständig niedergebrannt. Das rechtsseitige, durch den Brand beschädigte Geleise auf der genannten Theilstrecke musste bis zu dessen Wiederherstellung gesperrt werden.

(Strenge Kälte.) Die Vermuthung, dass die bei uns plötzlich eingezogene strenge Kälte mit dem Thermometerstande von — 17 bis 19° C., den wir in der verfloffenen Woche in Laibach hatten, so ziemlich ihren Höhepunkt erreicht haben dürfte, erhielt durch den gestrigen Tag eine ganz energische Widerlegung, indem das Thermometer gestern um 7 Uhr morgens den für Laibach abnorm tiefen Stand von — 25·4° C. anwies, eine Temperatur, die wir seit dem Dezember des Jahres 1875 hier nicht mehr erlebt haben. Es hat auch allen Anschein, dass die Kälte noch steigen oder zum mindesten doch durch einige Zeit nicht wesentlich nachlassen dürfte. Dass diese Perspective namentlich den sparsamen Hausfrauen, deren Beheizungsbudget zur stillen Freude aller Holz- und Kohlenhändler hiedurch sehr stark ins Mitleiden gezogen wird, nichts weniger als erfreulich klingt, ist begreiflich, abgesehen von jenen Armen, die aus zwingenden Gründen gar nicht in der Lage sind, diese Post in ihr Budget überhaupt einzustellen. Wir rechnen hiezu auch die uns über den Winter treugebliebene befiederte Welt, für die nun eine gar böse Zeit herangebrochen ist, in der ihnen der schwere Kampf um das tägliche Brot wohl durch längere Zeit das Singen und Fröhlichsein gründlich verleiden dürfte. Diesbezüglich können wir übrigens nur mit Vergnügen constatieren, dass die schöne Sitte, mit dem ersten Schnee und Frost auch dieser Armen zu gedenken, in Laibach, Dank der Anregung mehrerer Naturfreunde, bereits eingebürgert ist, wie dies aus den vielen, bisher stets reich dotierten Futterstreuplätzen in der Laitermaunsallee, im Livoliparke, im Rosenbacherwalde und anderen Orten ersichtlich ist, an denen sich täglich viele Hunderte dankbarer Kostgänger einfänden, von denen sonst wohl ein großer Theil das kommende Frühjahr nicht mehr erleben würde. So sehr übrigens viele aus mehrfachen, auch sanitären Gründen keineswegs für jene milden Winter schwärmen, von denen wir im laufenden Decennium einige Proben erlebten, und sich daher in den gegenwärtigen Tagen im warmen Zimmer oder abends beim Glase Punsch behaglich die Hände reiben, wenn sie das Knirschen der unter ihrem Fenster auf dem hartgefrorenen Schnee vorüberfahrenden Wagen hören, ebenso gerne, dessen sind wir überzeugt, würden sie auf dieses wohlige Gefühl verzichten, wenn sie in solchen Momenten jener ungünstig situirten gedächten, die ihr harter Lebensberuf tagein nachtaus stundenlang bei — 25° C. in Gottes kühle Natur hinaustreibt. Wem fielen hiebei nicht in erster Linie unsere armen, blau uniformierten Karst- und Semmeringfahrer ein? Der eine Trost bleibt uns allerdings, dass wir alle so ziemlich in ganz Oesterreich gleich frieren, denn der verwöhnte Triestiner klappt bei seinen — 8 bis 10° C. zum mindesten ebenso, als wir Laibacher bei unseren — 25° C. Wie wir einem von der meteorologischen Centralanstalt in Wien veröffentlichten Berichte entnehmen, weist speciell Oesterreich-Ungarn im europäischen Continente gegenwärtig den Höhepunkt der Kälte aus. Am 9. d. M. beispiels-

weise meldete unter allen Stationen Krakau den tiefsten Stand mit - 29.6° C., dann Klagenfurt mit - 26.4, Lemberg mit - 26.2, Warschau mit - 26.1, Prag und Wien mit - 20, Ungarn mit - 15 bis 20, Süddeutschland mit - 14 bis 17° C. Von anderen Stationen am gleichen Tage seien erwähnt: Biarritz - 6, Cap Grisnez - 8, Clermont - 18, Triest - 8.2, Florenz - 4, Roncalieri - 7, Rom - 1.6, Neapel und Cagliari 0.0° C. Das Sonderbare an dem heurigen Winter ist übrigens der Umstand, dass gerade der höchste Norden nahezu die allgeringste Kälte aufweist, so waren am 9. d. M., also am gleichen Tage, in Petersburg bloß - 2°, in Moskau - 5.8 und in dem noch weit nördlicher gelegenen Uleaborg sogar + 2° C. Die verkehrte Welt!

(Lieferungsausschreibung.) Zur Sicherstellung des Proviantbedarfes für die k. k. Kriegsschiffe für zwei Jahre, eventuell für ein Jahr, wird am 15. d. M. beim k. k. Reichs-Kriegsministerium (Marinefaction) eine Offertverhandlung abgehalten werden. Die Lieferungsausschreibung und die Vertragsbedingungen können bei der Handels- und Gewerbekammer in Laibach eingesehen und auch übernommen werden.

(Staatsprüfungen.) Von der k. k. wissenschaftlichen Realschul-Dehramts-Prüfungscommission in Graz wurden die nächsten Clausur- und mündlichen Prüfungen den 6., 8. und 10. März 1880 abgehalten. Candidaten des Dehramtes an Realschulen sowie jene des Dehramtes an Handelsschulen haben, wenn sie zu den Clausurprüfungen im nächsten Junitermine gelangen wollen, die nach Vorschrift belegten Gesuche längstens bis Ende d. J. an den Director der k. k. Prüfungscommission, Professor Dr. Johann Rogner, in Graz zu richten. Davon abgesehen können die Gesuche um Zulassung zur Prüfung jederzeit eingebracht werden.

Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“
Budapest, 11. Dezember. Die Regierung brachte eine Vorlage ein über theilweise Bedeckung des nächstjährigen Deficits durch Beschaffung von 14 Millionen entweder im Wege der Veräußerung noch disponibler 15 Millionen Goldrente oder der Veräußerung eines Theiles derselben und der im Staatsbesitze befindlichen Eisenbahnobligationen.

Der Marktfecken Brod, theilweise auch Carlsburg sind überschwemmt. In Carlsburg giengen auch Menschenleben verloren. Arad wird als gerettet betrachtet.

Paris, 11. Dezember. Die Regierung verlangte einen Credit von 5 Millionen für die Nothleidenden, welchen die Kammer in sofortiger Verhandlung nahezu einstimmig bewilligte.

Madrid, 11. Dezember. Das neue Cabinet stellte sich dem Senate und der Kammer vor. Ministerpräsident Canovas erklärte, die Fassung des Entwurfes über die in Cuba einzuführenden Reformen habe die Ministerkrisis veranlasst. Das gegenwärtige Cabinet werde, wie das vorige, die Abschaffung der Sklaverei aufrechtzuerhalten, neue Anträge zur Ausgleichung der Interessen Spaniens und Cubas stellen und diesbezügliche Entwürfe bald einbringen.

Wien, 10. Dezember. (Tgpt.) Zwischen der feudalen und Verfassungspartei im Herrenhause wurde ein Compromiß betreffs der Delegationswahl geschlossen. Die Liberalen werden durch zwölf, die Föderalisten durch acht Delegierte vertreten sein. — Die österreichisch-ungarische Zollconferenz ist heute zur Feststellung einer Basis für die neuen Vertragsverhandlungen mit Deutschland zusammengetreten.

Wien, 10. Dezember. Der Gewerbe-Ausschuß berieth über Antrag des Abg. Bosch die Regelung des Hausierhandels und den Gesetzentwurf betreffs der Aenderung der Gewerbe-Ordnung. Mehrere Redner bekämpften die Novelle zur Gewerbeordnung und ver-

langten die Ausarbeitung einer neuen Gewerbe-Ordnung. Die Vertreter der Regierung betonten die Schwierigkeiten einer solchen Ausarbeitung, so lange die Frage ungelöst sei, ob die Gewerbefreiheit fortbauern oder beschränkt werden solle. Minister Prajak bittet den Ausschuß um eine Directive, wenn die Regierung eine neue Gewerbe-Ordnung ausarbeiten soll. Reschauer spricht sich für eine gewerbliche Enquete aus. Die Berathung wurde abgebrochen.

Wien, 9. Dezember. Wie der „Pol. Corr.“ aus Serajewo unter dem 9. Dezember telegraphisch gemeldet wird, haben die Kmeten des Mustafa Beg Fazly Pascha in Biela bei Brcka wiederholt die Abgabe der Tretina verweigert, worauf endlich Execution anbefohlen wurde. Der Bezirksvorsteher Berko erschien mit einer Assistentz von 36 Mann in Biela. Die Kmeten versammelten sich, zum factischen Widerstande entschlossen. Die vom Executionsleiter requirirte Verstärkung unter Commando des Majors Tomisic vom 68. Infanterieregimente löste ihre Aufgabe ohne Waffengebrauch in rascher und glücklicher Weise, indem die Kmeten, von der Entschiedenheit der Regierungsmaßnahmen eingeschüchtert, die Tretina ohne allen weiteren Anstand entrichteten und Gehorsam gelobten. Die Agitatoren wurden in Untersuchung gezogen.

Pest, 10. Dezember. (Frdbl.) In Arad ist nach schrecklicher Nacht wieder Aussicht auf Rettung. Das Wasser sinkt langsam aber stetig. Nur an der unteren Maros droht sich stauendes Eis mit Gefahren. Alle Schutzmaßregeln sind getroffen.

Budapest, 10. Dezember. Das Unterhaus nahm den Gesetzentwurf über Verlängerung des finanziellen Ausgleiches mit Kroazien an, sowie ferner den Gesetzentwurf über Inarticulierung der mit Frankreich bezüglich des Armenrechtes abgeschlossenen Verträge und nach langer Debatte auch den Gesetzentwurf über Verlängerung des Handelsvertrages mit Deutschland, nachdem der Ministerpräsident die Vorlage vom wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkte aus gegen die Angriffe der Opposition gerechtfertigt.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 11. Dezember.
Papier-Rente 68.85. — Silber-Rente 70.45. — Gold-Rente 80.95. — 1860er Staats-Anlehen 129.75. — Bank-Actien 856. — Credit-Actien 279.75. — London 116.60. — Silber — k. k. Münz-Ducaten 5.55. — 20-Franken-Stücke 9.31. — 100-Reichsmark 57.70.

Wien, 11. Dezember, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlusscourse.) Creditactien 279.90, 1860er Lose 129.75, 1864er Lose 136.25, österreichische Rente in Papier 68.87, Staatsbahn 268.50, Nordbahn 230. —, 20-Frankenstücke 9.31, türkische Lose 16.50, ungarische Creditactien 262.80, Lombardien 621. —, österreichische Anglobank 138.70, Lombarden 80.50, Unionbank 96.70, Communalanlehen 119.25, Egyptische —, Goldrente 80.95, ungarische Goldrente 95.17. Fester.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Schwebende Schuld. Zu Ende November 1879 befanden sich laut Kundmachung der Commission zur Controle der Staatsschuld im Umlaufe: an Partialhypothekendarlehen 99.878.847 Gulden 50 kr.; an aus der Mitsperre der beiden Control-commissionen erfolgten Staatsnoten 312.120.435 fl., im ganzen 411.999.282 fl. 50 kr.

Angekommene Fremde.

Am 10. Dezember.
Hotel Stadt Wien. Pregelner, Reisender, und Bibisch, Kaufmann, Wien. — Urbanschtisch, Gutsbesitzer, sammt Gemahlin, Thurn. — Neu, Kaufmann, und Mayer, Paris. — Aron, Straßburg.
Hotel Elephant. Friedmann, Kaufmann, Budapest. — Tambosi G., München. — Tambosi B., Verona. — Friedmann, Kaufmann, Brünn. — Bergstein, Geschäftstreisender, Prag. — Kubal, Geschäftstreisender; Fürst, Theaterdirector, sammt Gesellschaft; Brandt, Kaufmann, und Kleiber, Kapellmeister, Wien.
Hotel Europa. Ritter v. Friedrich, k. k. Oberst, und Belikan, k. k. Oberlieutenant i. P., sammt Frau, Graz. — Rasinger, Kaufmann, Bettau.
Kaiser von Oesterreich. Fischer, Jamnill.
Bairischer Hof. Savonitti, Bonteba. — Tomisic, Verzehrungssteuer-Revident, Pola. — Eibel, Anstreicher, Stein.

Börsebericht.

Wien, 10. Dezember. (1 Uhr.) Die Hauptpapiere hielten sich so unbeweglich wie seit einigen Tagen. In Nebenwerten fand die rapide Steigerung ihre ungehinderte Fortsetzung. Der Verkehr war namentlich in einigen Kategorien von Eisenbahntitres ein bedeutender zu nennen.

Werb		Ware		Werb		Ware		Werb		Ware	
Papierrente	68 65	68 75	Grundentlastungs-Obligationen.		Ferdinands-Nordbahn	2300	2305	Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	102 50	103	
Silberrente	70 30	70 40	Böhmen	102 75	103 75	Franz-Joseph-Bahn	156	156 50	Oesterr. Nordwest-Bahn	96 50	96 75
Goldrente	80 80	80 90	Niederösterreich	104 75	105 25	Galizische Carl-Ludwig-Bahn	243	243 25	Siebenbürger Bahn	74 50	74 75
Lose, 1854	126	126 50	Galizien	96	96 25	Raschau-Oberberger Bahn	115	115 25	Staatsbahn 1. Em.	168 50	169
" 1860	131 25	131 50	Siebenbürgen	85	85 75	Lemberg-Czernowitzer Bahn	146 50	147	Südbahn à 3%	119 50	120
" 1860 (zu 100 fl.)	135 50	136	Temeser Banat	87 50	88	Lloyd-Gesellschaft	620	621	" à 5%	101 75	102
" 1864	167 25	167 50	Ungarn	88 25	88 75	Oesterr. Nordwestbahn	146 75	147	Devisen.		
Ang. Prämien-Anl.	109	109 25	Actien von Banken.		Rudolfs-Bahn	144 50	145	Auf deutsche Plätze	57 05	57 15	
Credit-B.	179 25	179 75	Anglo-Osterr. Bank	139	139 25	Staatsbahn	268 25	268 75	London, kurze Sicht	116 55	116 65
Rudolfs-B.	18	18 50	Creditanstalt	280 50	281 75	Südbahn	81 50	82	London, lange Sicht	116 90	117
Prämienanl. der Stadt Wien	120 20	120 40	Depositentbank	226	226 50	Elsß-Bahn	211 75	212 25	Paris	46 20	46 25
Donau-Regulierungs-Lose	113	113 25	Creditanstalt, ungar.	262 25	262 50	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	116 25	116 75	Geldsorten.		
Domänen-Pfandbriefe	143 75	144	Oesterreichisch-ungarische Bank	858	859	Ungarische Nordostbahn	133 50	134	Ducaten	5 fl. 54	fr. 5 fl. 55
Oesterr. Schatzscheine 1881 rückzahlbar	101	101 50	Unionbank	97 20	97 40	Wiener Tramway-Gesellschaft	205 50	206	Napoleons'or	9	31
Oesterr. Schatzscheine 1882 rückzahlbar	101	101 50	Verkehrsbank	131 50	132	Pfundbriefe.			Deutsche Reichs-Roten	57	75
Ungarische Goldrente	96 40	96 50	Wiener Bankverein	139 20	139 50	Allg. Ost. Bodencreditanst. (i. O.)	117 50	118	Silbergulden	100	100
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	115 75	116 25	Actien von Transport-Unternehmungen.		Ung. Bodencredit-Anst. (U.-B.)	101 30	101 60	Prioritäts-Obligationen.			
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	113 80	114 20	Alß-Bahn	139 25	139 50	Elisabeth-B. 1. Em.			Krainische Grundentlastungs-Obligationen: Geld 96 50, Ware 97 50.		
Ungarische Schaganw. vom 3. 1874			Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	586	587	Ferd.-Nordb. in Silber			Credit 280 60 bis 280 80		
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	100	100 50	Elisabeth-Weinbahn	177 50	178	Franz-Joseph-Bahn			Anglo 139 25 bis 139 50		

Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 68 65 bis 68 75. Silberrente 70 35 bis 70 45. Goldrente 80 80 bis 80 90. Credit 280 60 bis 280 80. Anglo 139 25 bis 139 50.

Verstorbene.

Im Civilspitale:
Den 8. Dezember. Franz Jerančić, Inwohner, 28 J., Lungentuberculose. — Michael Kuslan, Inwohner, 36 J., Hirnödem.
Den 9. Dezember. Elisabeth Belfaverh, Inwohnerin, 60 J., Marasmus. — Maria Ogrin, Arbeitersgattin, 34 J., Eiterungsieber.
Den 10. Dezember. Maria Oorn, Arbeiterin, 20 J., Lungentuberculose.
Berichtigung. Bei Josef Langwaller soll es heißen: Gedärmekatarrh anstatt Gehirnkatarrh.

Theater.

Heute (ungerader Tag) bei aufgehobenem Abonnement. Drittes und letztes Gesammtgastspiel des Theaterdirectors J. Fürst sammt Gesellschaft. Zum erstenmale: Die Blumenmädchen. Poffe mit Gesang in 1 Act von C. Gärtner. Musik vom Kapellmeister C. Kleiber. Diesem folgt zum erstenmale: Wein, Weib und Gesang. Singpiel in 1 Act von J. Doppler. Musik vom Kapellmeister C. Kleiber. Zum Schluß zum erstenmale: Der Wiener Festszug. Ausstattungspoffe mit Gesang in 1 Act von C. Bayer. Musik vom Kapellmeister C. Kleiber. Die Wanddecoration: Der Wiener Festszug ist gemalt vom russischen Posttheatermaler A. Bredow.

Lottoziehung vom 10. Dezember:
Brünn: 8 64 65 27 32.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Helligkeit des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
11.	7 U. Mg.	744.98	-25.4	N. schwach	theilw. heiter	
	2 " N.	745.24	-16.7	O. schwach	heiter	0.00
	9 " Ab.	746.29	-20.4	D. schwach	heiter	

Anhaltend schönes Wetter; zunehmende Kälte. Das Tagesmittel der Temperatur - 20.8°, um 20.2° unter dem Normale.
Berantwortlicher Redacteur: Otkomar Bamberg.

Spielwerke und Weihnachten.

Unzertrennlich, warum? hören wir den Leser fragen, weil man die weltberühmten Spielwerke des Herrn J. H. Heller in Bern alljährlich um diese Zeit angekündigt, und dann auf Tausenden von Weihnachtstischen als Glanzpunkt, die kostbarsten Sachen überstrahlend, findet; es ist dieses auch ganz natürlich, da Herr Heller dieselben in einer Vollkommenheit erzeugt, daß jeder, der je eines seiner Werke gehört, von dem Wunsche bejeelt wird, ebenfalls eines zu besitzen. Was kann der Gatte der Gattin, der Bräutigam der Braut, der Freund dem Freunde Schöneres und Willkommeneres schenken? Es vergegenwärtigt glücklich verlebte Stunden, ist alleweil munter, leicht und scherzhaft durch seine bald heiteren, erhebt Herz und Gemüth durch seine ernstlichen Weisen, verjagt Traurigkeit und Melancholie, ist der beste Gesellschafter, der Einamen treuester Freund, und nun gar den Leidenden, den Kranken, den an das Haus Gefesselten! — mit einem Worte, ein Heller'sches Spielwerk darf und soll in keinem Salon, an keinem Krankenbette, überhaupt in keinem guten Hause fehlen.

Für die Herren Wirthe gibt es keine einfachere und sicherere Anziehungskraft als solch' ein Werk, um die Gäste dauernd zu fesseln; die gemachte Ausgabe hat dieselben, wie uns von mehreren Seiten bestätigt wird, nicht nur nicht gereut, sondern sie veranlaßt, größere Werte anzuschaffen, nachdem sie die ersten mit Nutzen weiter gegeben, darum jenen Herren Wirthen, die noch nicht im Besitze eines Spielwerkes sind, nicht warm genug anempfohlen werden kann, sich dieser so sicher erweisenden Zugkraft ohne Zögern zu bedienen, um so mehr, da bei größeren Beträgen nicht alles auf einmal bezahlt werden muß.

Wir bemerken noch, daß die Wahl der einzelnen Stücke eine fein durchdachte ist, die neuesten, sowie die beliebtesten älteren Opern, Operetten, Tänze und Lieder finden sich in den Heller'schen Werken auf das schönste vereinigt. Herr Heller hat die Ehre, Lieferant verschiedener Höfe und Hoheiten zu sein, ist überdies auf den Ausstellungen preisgekrönt. Kurz, wir können für unsere Leser und Leserinnen keinen aufrichtigeren Wunsch aussprechen, als sich recht bald ein Heller'sches Spielwerk kommen zu lassen, reichhaltige illustrierte Preislisten werden franco zugesandt.

Wir empfehlen jedermann auch bei einer kleinen Spielbörse sich direct an die Fabrik zu wenden, da vielerorts Werke für Heller'sche angepriesen werden, die es nicht sind; jedes seiner Werke und Dosen muß seinen vollen gedruckten Namen tragen, wenn es echt sein soll. Wer je nach Bern kommt, versäume nicht, die Fabrik zu besichtigen, was bereitwillig gestattet wird.